

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

FDP-Delegiertenversammlung in Montreux: Blick nach vorne

MRS. Alle waren sich in Rapperswil einig: Zwar placieren verschiedene Studien die Schweiz nach wie vor in den vordersten Rängen, wenn es in internationalen Vergleichen um Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand geht. Übersehen wird dabei aber, dass dies Momentaufnahmen sind, beruhend auf Daten aus der Vergangenheit.

Wird dagegen statt auf Daten der Vergangenheit auf den aktuellen Trend abgestellt und in die Zukunft geschaut, so droht unser Land in die Mittelmässigkeit abzusinken. Der Grund: Um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ist es nicht zum besten gestellt.

Von der Analyse der Situation zum zukunftsgerichteten Handeln

Auf die Analyse der Situation, so kündigte die FDP bereits damals an, müsse das Handeln folgen. Diesem Ansinnen war die ordent-

liche Delegiertenversammlung der FDP in Montreux gewidmet.

In den drei Kernbereichen Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik haben die Delegierten die Leitplanken für die künftige Arbeit der Partei festgelegt. In drei Arbeitsgruppen wurden Vorschläge, Thesen und Lösungsansätze unter den Delegierten diskutiert.

Montreux soll verpflichtet

Die FDP will in der angelaufenen Legislaturperiode ihre fortschrittliche, reformorientierte Wirtschaftspolitik noch verstärken und liberalen Positionen zu Mehrheiten verhelfen. Im Zentrum wird dabei die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz stehen. Die Weiterführung der Bemühungen um Liberalisierung und Deregulierung, Sicherung und Umbau statt Ausbau des Sozialstaates sowie die Sanierung der Bundesfinanzen bilden dabei die tragenden Säulen in diesem Konzept.

Glaubwürdige Wirtschaftspolitik kann nicht mit zusammenhanglosen Einzelaktionen, begleitet von einer dem Kapitalismus feindlichen Grundeinstellung, betrieben werden. Nötig ist ein Konzept und der Wille, die Dinge tatsächlich verändern zu wollen. In diesem Sinne will die FDP die Grundlagen für ihre politische Arbeit in den Kernbereichen Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre legen. An diesen Aussagen soll sich ihre künftige politische Arbeit auch messen lassen. ■



Leitplanken setzen in der Finanzpolitik: Nationalrätin Käthi Bangerter (BE) und Nationalräte Rudolf Steiner (SO), Gerold Bühler (SH), Peter Kofmel (SO) in der Gruppendiskussion. (Photo ruti)

Parolen

An ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung in Montreux hat die FDP der Schweiz folgende Abstimmungsparolen beschlossen:

Landwirtschaftsartikel

JA

Regierungs- und
Verwaltungsorganisation

JA

Inhalt

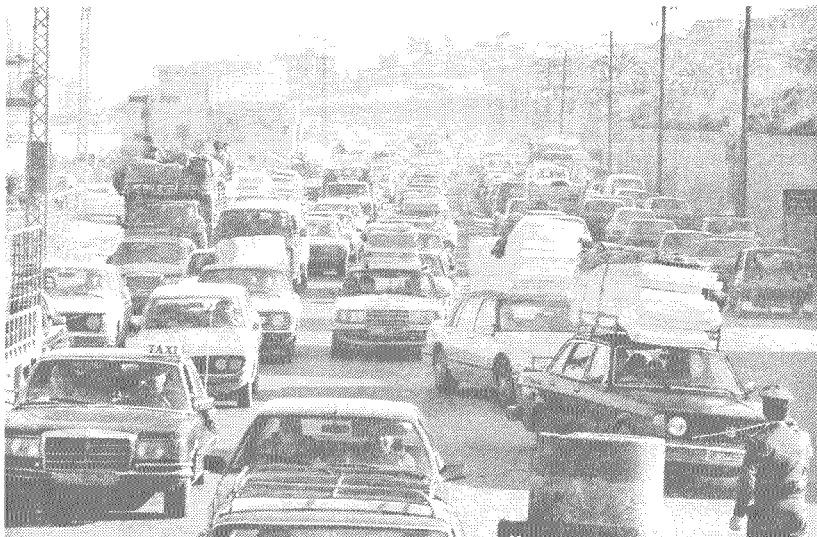
■ Über das Prinzip der schwachen Parteien lesen Sie ab Seite **5**

■ Die Regierungsreform ist wichtig für unser Land. Ab Seite **10**

■ Sozialabbau: In Schweden Tatsache. Seite **9**

FDP

Früchte des Zorns vor den Wahlen für den Frieden



Geflüchtete Libanesen auf der Fahrt zurück in den Südteil des Landes. (Photo ap)

Israel wählt am 29. Mai, um ein halbes Jahr vorgezogen, ein neues Parlament, die Knesset. Shimon Peres und seine Arbeiterpartei woll(t)en die Früchte des Friedens des am vergangenen 4. November von einem jüdischen Extremisten ermordeten Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin ernten.

Jacques Baumgartner

Zuvor gab es Schläge gegen die «Hisbollah» genannte Partei Gottes in Libanon. Die Israeli nannten ihre militärische Operation alttestamentlich «Früchte des Zorns». Jewgeni Primakow nannte sie eine «mit Vorsatz ausgeklügelte Wahllist». Mit dieser Bemerkung provozierte der russische Aussenminister die Regierung von Ministerpräsident Shimon Peres, den oppositionellen Likud von Benjamin Netanyahu und empörte die Israeli im allgemeinen.

Peres hatte auf der Populärkeitsskala gegenüber Netanyahu geführt. Den vermeintlich sicheren Vorsprung machten im März Anschläge des Islamischen Wi-

derstandsbewegung (Hamas) zu nichte. Hernach brach die Hisbollah den ungeschriebenen Waffenstillstand von 1993, begann nordisraelische Grenzsiedlungen von Libanon aus mit Katjuscharaketen zu bombardieren. Laut Israel habe Peres die Amerikaner geradezu «entehrend angefleht», bei den Syrern dahin zu wirken, dass diese die Hisbollah zurückpiffen. Vorerst ergebnislos. Die israelische Bitte sei von Damaskus, von der Hisbollah als Schwäche ausgelegt worden. Unter Druck des Likud, aber vor allem der öffentlichen Meinung habe Peres, der auch Verteidigungsminister ist, die «Früchte des Zorns» befohlen.

Nahost-Schachbrett

Gewiss ist auf dem Nahost-Schachbrett nur die Ungewissheit. Möglicherweise liess Peres hart zuschlagen, um wankelmütige, noch unentschlossene Wähler auf seine Seite zu ziehen. Erstmals wird in Israel auch der Ministerpräsident direkt gewählt werden. Angenommen, nach den Wahlen präsentiert Peres den Israeli die Rechnung für einen Friedensschluss mit Syrien, den Abzug von den Golanhöhen. Ein solcher wäre ein Wahlkampfthema gewesen, ging aber in den

«Früchten des Zorns» völlig unter. Im Grunde sind Libanon und Hisbollah bloss Nebenkriegsschauplätze. Denkbar ist ein Schlag der israelischen Luftwaffe gegen Iran geworden. Hisbollah, 1982 entstanden als Folge des israelischen Libanon-Feldzuges, ist iranischer «Revolutionsexport».

Iran entwickelt Nuklearwaffen. Peres gemäss versuchen islamische Fundamentalisten mit Unterstützung Irans, Libyens und des Iraks, sich Atomwaffen zu beschaffen. Israelische Piloten starten bereits von türkisch-amerikanischen Luftstützpunkten aus. Wohin? Syrien gerät in die Zange. Für Radio Damaskus «eine ernste Entwicklung der politischen Lage in der Region».

Das heisst, Israel hat seit dem Friedensschluss mit Ägypten 1979, mit den Autonomie-Abkommen mit den Palästinensern, Land für Frieden eingetauscht. Aber in Nahost garantieren nicht Friedensverträge den Frieden, sondern nur ein militärisches Kräftegleichgewicht...

Pariser Pirouette und vordergründige Hintergründe

Letztlich vermittelten die USA den unbefristeten Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah. Offiziell half auch Frankreich mit. Vorgängig hatte ein französischer Versuch, alleine zwischen Israel, Libanon und der Hisbollah zu vermitteln, die Partner in der Europäischen Union verwirrt und verärgert. Denn die EU hat(te) im Jahre von Maastricht II (Regierungskonferenz) den Nahen Osten als eines der «Versuchsfelder» einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik ausersehen, bis zum französischen Vorpellen, das ein «Nachpellen» über die Köpfe der EU-Partner hinweg war.

Vorerst, um britischen Nahosteinfluss einzudämmen, stand Frankreich von 1945 an fest auf der Seite von Israel. Hernach galt Israel als der «natürliche Ver-

bündete». Paris drillte israelische Offiziere, lieferte Waffen, half den Atommeiler bei Dimona im Negev zu bauen. Frankreich musste 1962 Algerien in die Unabhängigkeit ziehen lassen und verlor den Indochinakrieg. 1966 «proklamierte» General-Präsident Charles de Gaulle in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh, Paris werde künftig seine eigene, von den USA und der Sowjetunion «distanzierte» (national-egoistische) Politik verfolgen.

Der Sechstagekrieg war ein Vorwand für de Gaulle, Israel zu verdammen, ihm bestellte und bereits bezahlte Mirage-Kampflugzeuge vorzuenthalten. Diese wurden 1969 Libyen geliefert. Zuvor hatte Frankreich, um mit Muammar Al-Gaddafi ins Geschäft zu kommen, sein eigenes Nahost-Waffenembargo aufgehoben. Die Araber vergalteten es mit Petrodollars. Paris stieg mit dem Irak ins Petrol- und Nukleargeschäft ein und wurde einer der bedeutendsten Technologielieferanten der arabischen Staaten.

Georges Pompidou setzte die araberfreundliche Politik von de Gaulle fort. Präsident Valéry Giscard d'Estaing erweiterte diese «besonderen Beziehungen» auf Iran. Er gewährte einem verbannten Iraner namens (Ayatollah) Ruhollah Khomeini politisches Asyl, liess diesen gegen Mohammed Resa Schah Pahlewi und die USA wettern. Ehrgeiz von Präsident Jacques Chirac hingegen scheint zu sein, französische Nordafrika- und Nahostpolitik zur EU-eigenen zu machen. Argument in Paris ist, Frankreich «überlasse» Osteuropa schliesslich deutschem Einfluss...

Kurzes Gedächtnis der Wähler?

Es ist möglich, dass Peres und seine Arbeiterpartei aus den Wahlen als Sieger hervorgehen werden, der nahöstliche Friedensprozess fortgesetzt wird. Nach den Anschlägen der Hamas, den Raketenangriffen der Hisbollah lechzten die Israeli nach Rache. Aber, auch in Israel haben die Wähler manchmal ein kurzes Gedächtnis. ■

Nörgler, Besserwisser und Selbstgerechte sind Gody`s Sache nicht

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die Flexibilität, die Phantasie und den Leistungswillen unserer jungen Leute.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Egoismus und Isolationismus bei einem grossen Teil unserer Bevölkerung sowie die globale ökologische Bedrohung.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Das Rad. Die Atomwaffen.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die kulturelle und landschaftliche Vielfalt und Eigenständigkeit.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die Nörgler, Besserwisser und Selbstgerechten.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Es braucht Avantgardisten, die Neues schaffen. Nicht alles Neue bedeutet Fortschritt.

Warum sind Sie bei der FDP?

Habe ich mich auch schon gefragt. Im Ernst: Weil die FDP Werte wie Freiheit und Selbstverantwortung verteidigt.



Tourismuspolitiker Künzi: Nicht nur Berge, Seen und Natur, sondern auch Sitzungen und Tagungen.

schaftsredaktor bei der SPK. Chefredaktor und Gesamtleiter der «hotel + touristik revue». Vizedirektor des Schweizer Hotelier-Vereins. Seit 1988 Direktor des Schweizer Tourismusverbandes.

Politischer Werdegang: FDP-Basismitglied in Adelboden und Kirchlindach (Vorstand). Präsident des Ausschusses für Tourismus der FDP Schweiz.

Liebste Tätigkeit: Sport, Lesen, Reisen.



Gottfried F. Künzi (rechts) und Parteipräsident Franz Steinegger: Ob sich der Tourismushorizont wohl bald aufhellt?

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Nelson Mandela.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Mit Offenheit und Wahrheitigkeit. Und Mut.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Bei beiden soll das Leistungsprinzip gelten. Aber: Mehr (gute) Frauen täten der Leistungsgesellschaft gut.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Viele, manchmal alle Seiten eines Problems zu sehen. Dito.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Venezianische Charade» von Donne Leon.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Viel, aber offenbar nicht genug. Langlauf, Velo, Joggen.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Klavierspielen.

Welche schweizerischen Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Jean-Rodolphe von Salis. Wegen seiner Perspektive und seiner Ideale. ■

KURZBIOGRAPHIE

Gottfried F. Künzi

Zur Person: Geboren 1942 in Adelboden. Seither aktiv, auch passiv mit dem Tourismus verbunden. Mit einer aktiven und kritischen Frau verheiratet. 1 Sohn (23). Wohnort Herrenschwanden bei Bern.

Alter: 53

Berufliche Stationen: Nach Volkswirtschaftsstudium Wirt-

Manifest für eine liberale Gesellschaft



Die Rechte und die Linke streiten gemeinsam gegen die Politikverdrossenheit der Bürger: Tito Tettamanti und Alfredo Bernasconi haben ihr «Manifest für eine liberale Gesellschaft» vorgelegt, jetzt erschienen beim Ammann-Verlag Zürich. Tettamanti, international erfolgreicher Unternehmer im Immobiliengeschäft und Maschinenbau, und Bernasconi, der ehemalige Gewerkschafts-

ekretär des Schweizer Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, kämpfen als Freunde Seite an Seite gegen die «milde Versklavung» des modernen Menschen durch Bürokratie- und Versicherungsapparat. Mit Leidenschaft spricht sich das «Manifest» für eine «Befreiung» des modernen Menschen aus, gegen eine Gesellschaft, die milde Formen von Versklavung zulässt und sich von ih-

rer Verantwortung distanziert. Schon 1994 hatte Tettamanti «Welches Europa? Das Europa der Kaufleute oder das Europa der Bürokraten?» für Furore gesorgt. Tettamanti wendet sich stets gegen eine Aufblähung des bürokratischen Apparates, mit dem «Manifest» vor allem gegen eine unnötige Verschleuderung staatlicher Leistungen, die jede Einzelverantwortung blockieren.

Tito Tettamanti/Alfredo Bernasconi: Manifest für eine liberale Gesellschaft. Mit einem Vorwort von Sven Papcke. Aus dem Italienischen von Ingrid Koch-Dubbers. 260 Seiten, gebunden Fr./DM 38.—.

Politisches Grundwissen erlebnisnah vermitteln

Grundwissen und Zusammenhänge zur Politik in der Schweiz erlebnisnah vermitteln: Dies soll die CD-ROM «Der Staat», das erste interaktive Informationsmittel zur Politik in der Schweiz. Die CD-ROM erscheint Ende Mai im Verlag J. Fuchs, Rothenburg LU: Unter anderem wird im interaktiven Ablauf die Entstehung eines Gesetzes gezeigt. Gleichzeitig erscheint das Buch «Der Staat» als umfassendes Nachschlagewerk über politisches Grundwissen und Zusammenhänge. Buch und CD-ROM richten sich an Jungpolitikerinnen und -politiker, Parteien sowie Verbände und deren Mitglieder und sind für den Aus- und Weiterbildungsbereich konzipiert.

Wie kann das Interesse der Schweizerinnen und Schweizer am politischen Geschehen gesteigert werden, und wie können Informationsdefizite über politisches Grundwissen attraktiv vermittelt werden? Diese beiden Fragen standen als Ausgangslage des Projektteams um Jakob Fuchs, Auftraggeber und Autor der CD-ROM: «Die Herausforderung bestand darin, ein langweiliges und trockenes Thema zugänglich zu machen mit dem Ziel, die aktive Teilnahme an Prozessen im politischen System der Schweiz bei verschiedensten Altersgruppen zu fördern.» In Zusammenarbeit mit dem Atelier EST in Luzern wurde ein Konzept erarbeitet, in der Nutzung der CD-ROM für die Vermittlung einer komplexen Materie sieht der Autor eine Chance, Grundwissen und Zusammenhänge zur Politik

in der Schweiz attraktiv zu vermitteln.

Leitmotto aller National- und Ständeräte

Die CD-ROM umfasst rund 1000 Seiten politische Informationen, unter anderem alle Mitglieder des National-, Stände- und Bundesrates mit Namen, Foto, Adresse und Leitmotto sowie die ausführliche Erklärung von Majorz- und Proporzwahlverfahren oder die detaillierte Entstehung eines Gesetzes. Im weiteren werden Legislative, Exekutive und Judikative aller Kantone vorgestellt und auf die europäische Sicherheitsarchitektur eingegangen. «Helvetic», eine Comic-Figur, ist immer wieder auf den einfach abruhbaren und logisch miteinander verknüpften Seiten und Ebenen sichtbar. Animierend wirken auch Töne zum Einstieg sowie Vi-

deosequenzen mit einer Umfrage bei Männern und Frauen von der Strasse mit ihrer Sicht des politischen Alltags. Jakob Fuchs ist überzeugt, ein umfassendes politisches Informationsmittel anzubieten. Im Bildungsbereich soll die CD-ROM durch die Interaktivität des Mediums den Lerntrieb von Schülerinnen und Schülern ab der Sekundarstufe II wecken. Politisch aktiven und interessierten Personen wie zum Beispiel Jungpolitikerinnen und -politikern, Mitgliedern von Parteien sowie Verbänden soll es einen raschen Zugriff auf aktuelle Informationen ermöglichen. Die CD-ROM ist sowohl auf Mac als auch unter Windows einsetzbar.

Buch «Der Staat» mit Parteien und ihren Zielen

Jakob Fuchs hat als Autor im Bildungsbereich bereits einen guten

Namen. Im Verlag J. Fuchs gibt er seit 1988 das Lehrmittel «Staatskunde» und seit 1992 das Werk «Der Staat» heraus. Ende März ist die 5. neu bearbeitete, erweiterte Auflage 1996 vom Buch «Der Staat» im Verlag J. Fuchs erschienen. Dieses ist als Volksbuchausgabe und Nachschlagewerk konzipiert und richtet sich an eine breite Öffentlichkeit. Das Buch ist inhaltlich wie gestalterisch auf die CD-ROM abgestimmt und bildet in Kombination mit der CD-ROM in didaktischer Hinsicht ein ideales Lern- und Informationsmittel. Das Buch «Der Staat» beleuchtet in sieben Kapiteln umfassend die politischen Strukturen und Zusammenhänge in der Schweiz. Inhalte sind u.a. Parteien und ihre Ziele sowie die schweizerische Sicherheitspolitik. Über 100 farbige Bilder, Illustrationen, Karten und Grafiken animieren zum Lesen.

Der Staat

Buch, Fr. 31.50,
ISBN 3-952 1035-0-0
CD-ROM, Fr. 98.—,
ISBN 3-952 1035-12-9
Buch und CD-ROM (Paket),
Fr. 118.—,
ISBN 3-952 1035-2-7.



Die Parteien: von allen Seiten bedrängt, aber für eine funktionierende Demokratie unabdingbar. Wie wird ihre Zukunft aussehen? (Photos ruti)

Das Prinzip der schwachen Parteien

Der Sonderfall Schweiz manifestiert sich besonders eindrücklich bei den politischen Parteien: Sie haben im Vergleich zum Ausland weit weniger Macht, kommen in der Gesetzgebung nicht vor und werden vom Staat nicht unterstützt. Die schweizerischen Parteien waren ursprünglich die einzigen Mittler zwischen Volk und Behörden. Heute stehen sie auf diesem Feld in harter

Konkurrenz zu Wirtschaftsverbänden und Medien. Im Gegensatz zu den hochprofessionellen Strukturen und personell gut bestückten Apparaten dieser beiden Gruppen verfügen die Parteien lediglich über rudimentäre Führungsstrukturen. Die Öffentlichkeit aber macht die Parteien, nicht die Verbände oder die Medien für das Geschehen in der Politik verantwortlich.

Christian Kauter,
Generalsekretär
FDP der Schweiz

Die Sonderstellung der Parteien in bezug auf Strukturen, Einfluss und Ansehen ist eine Folge der direkten Demokratie und ein Hauptmerkmal der politischen Kultur unseres Landes. Die Parteien beeinflussen zweifellos die seit mehr als einem Vierteljahrhundert diskutierte schweizerische Staatsreform. Sehr viel grösser als dieser Einfluss ist der umgekehrte Einfluss, jener der Staatsreform auf die Parteien.

Die Bedeutung der schweizerischen Parteien

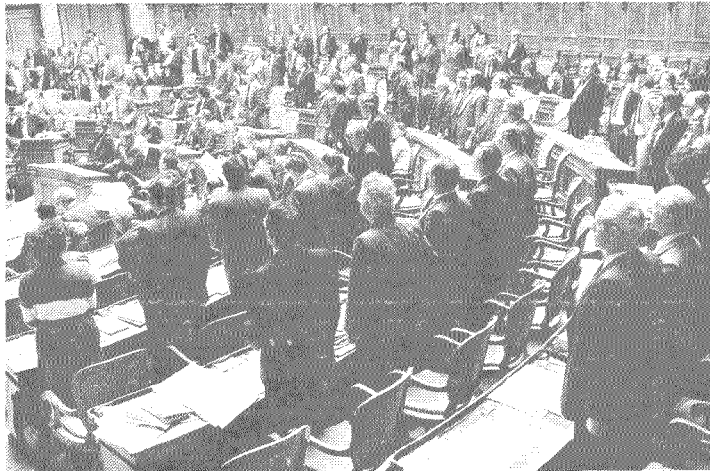
Die Bundesverfassung kennt Bestimmungen über die Medien und garantiert den Wirtschaftsorganisationen eine frühzeitige und damit schicksalhafte Mitwirkung auf die gesamte Rechtssetzung. Über die politischen Parteien aber findet sich in unserem Grundgesetz kein Wort.

Die schweizerischen Parteien haben laut Gesetz immerhin die Aufgabe, bei den Wahlen in die Volkskammer in jedem Kanton Kandidatinnen und Kandidaten

aufzustellen (Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, SR 161. 1). In dieser Beziehung unterscheiden sie sich nicht von ihren ausländischen Schwesterorganisationen. Gegenüber diesen kommt aber gerade an der Urne eine im Vergleich mit dem demokratischen Ausland spezifisch schweizerische Aufgabe dazu: die Information in der Vorphase von Sachentscheiden. Für eine sachgerechte Durchführung der zahllosen Abstimmungen auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene sind Parteien unerlässlich.

Zwischen 1972 und 1993 wurde das Schweizer Stimmvolk zu insgesamt 181 Vorlagen an die Urne gerufen, pro Jahr also durchschnittlich achtmal. Das heisst: Die schweizerischen Parteien hatten 181 Informationskampagnen zu führen. Dazu bestritten sie fünf nationale Wahlkampagnen. In Wahrheit war die Aufgabe also noch sehr viel grösser: Die Parteien hatten eine einzige, ununterbrochene Dauerkommunikation zu gewährleisten. Es ist, wie jede richtige Kommunikation, ein Geben und

Fortsetzung auf Seite 6



Parlamentarier ohne Instruktion und damit auch ohne Fraktionszwang, Mehrparteienregierung ohne Abberufungsmöglichkeiten, gleich mit dem Ausland bescheiden.

Fortsetzung von Seite 5

Nehmen von Informationen. Sachabstimmungen können in dieser hohen Kadenz nicht allein mit Informationen an das Stimmvolk bewältigt werden. Entscheidend ist vielmehr, dass die Stimmungen im Volk frühzeitig an die Behörden weitergeleitet werden. Die Parteien müssen also den in den Behörden sitzenden eigenen Leuten zu jedem am Horizont aufscheinenden Entscheid die Stimmung im Volk mitteilen, damit der Abstimmungsgegenstand mit Rücksicht auf diese Stimmungen gestaltet werden kann.

Mit anderen Worten: Der Abstimmungskampf ist nur das letzte Glied der Kommunikationskette. Man könnte ihn auch als Zwick an der Geissel bezeichnen. Er erzeugt zwar den weithin hallenden Knall, aber die Wirkung hängt von der Länge und der Qualität der Peitschenschnur ab.

Wohin es führt, wenn die Behörden die Stimmung des Volkes nicht berücksichtigen oder falsch einschätzen, zeigte sich am 6. Dezember 1992. Die Ablehnung des Beitritts der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum («EWR-Abstimmung») war ganz klar die Folge einer Kommunikationslücke: Im Vorfeld der Abstimmung stellte der Bundesrat ein Gesuch zur Aufnahme der Schweiz in die EU. Ein Bundesrat konstruierte hierauf – sprachlich einprägsam – einen in Wirklichkeit nicht existierenden Zusammenhang zwischen EWR-Beitritt und EU-Beitritt, indem er den EWR als «Trai-

ningslager» für die EU bezeichnete. Damit war die Abstimmung schwer belastet – überlastet, wie sich zeigen sollte.

«Die Ablehnung des Beitritts der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum («EWR-Abstimmung») war ganz klar die Folge einer Kommunikationslücke.»

Hätten damals die politischen Parteien die Traktandenliste des Bundesrats gekannt, sie hätten der Regierung den folgenden Stimmungsbericht aus dem Volk übermittelt: keine Chance für einen EU-Beitritt, Skepsis gegenüber dem EWR – aber nicht unüberwindbare Hindernisse. Der fehlende Informationstransfer machte die Hindernisse unbezwingbar.

Die schweizerische Politik und die Parteien

Die politische Kultur der Schweiz ist im Laufe von Jahrhunderten gewachsen. Am Anfang steht bereits im ersten Bundesbrief das Verbot der Selbsthilfe, dem über viele Jahrhunderte hinweg mit wenigen Ausnahmen nachgelebt wurde. Daraus entwickelte sich im Bundesstaat seit 1848 die «typisch schweizerische» Verhaltensnorm der «einvernehmlichen Lösung». Nicht nur bestehende Konflikte sollen ohne Selbsthilfe, d.h. am Verhandlungstisch, beigelegt werden, sondern auch alle Neuerungen (Verfassungsartikel und Gesetze) sind unter Einbezug möglichst al-



ler Volkskreise zu erarbeiten. Schweizerinnen und Schweizer haben mittlerweile die «breite Abstützung» sozusagen verinnerlicht. Im Laufe einer ungebrochenen Entwicklung hat die schweizerische Politikultur vier Eigenheiten hervorgebracht, welche breite Abstützung beziehungsweise einvernehmliche Lösungen erzwingen: Volksrechte, Föderalismus, Konkordanz und ungebundenes Mandat.

Volksrechte

Auch wenn die genossenschaftliche Wurzel der Eidgenossenschaft nicht mythologisiert werden soll, so ist doch festzustellen, dass unser Staatswesen die in den mittelalterlichen Agrargenossenschaften geübte Mitwirkung des Einzelnen über alle Fährnisse der Zeit hinweg hochgehalten hat. Zwar kennt auch die Schweizer Geschichte das gesellschaftliche wie politische Oben und Unten mit Privilegierten und Untertanen. Aber nie verzeichnet die Geschichte monarchische Strukturen. Es ist darum kein Zufall, dass in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts europaweit zum erstenmal in der Schweiz direkte Wahlen durchgeführt wurden. Die Einfügung des Referendums (1874) und der Initiative (1891) war bloss die Kodifizierung des alten Prinzips der Partizipation.

Die Volksrechte haben für die Parteien ein doppeltes Gesicht. Vorerst sind sie in ihrer Hand ein schnittiges Instrument: Wann immer sich eine Partei in einer für sie besonders wichtigen Frage übergeben fühlt, kann sie direkt

ans Volk appellieren. Mindestens ebenso bedeutsam ist die umgekehrte Wirkung: Da die Volksrechte allen zustehen, also auch Organisationen ausserhalb der Parteien, richten sich diese direktdemokratischen Instrumente gegen die Bildung von Machtkartellen, z. B. also von Parteiabsprachen oder gar von förmlichen Koalitionen. Initiative und Referendum halten die Parteien auf Trab. Sie zwingen sie, sich laufend der aktuellen Probleme anzunehmen – auch solcher, die nicht in der Stossrichtung der Behörden liegen und darum von diesen gar nicht aufgegriffen worden sind.

Konkordanz

Ein Land, das dem Ausgleich der Interessen und dem gütlichen Einvernehmen einen dominierenden Stellenwert beimisst, erträgt keine alternierenden Regierungen. Mehrheitswechsel heisst ja Wechsel der Prioritäten und damit Bevorzugung einmal dieser, einmal jener Volksschicht. Oder eben umgekehrt: Vernachlässigung einmal der Bedürfnisse der einen, einmal jener der anderen Bevölkerungsgruppen.

Das Harmoniebedürfnis hat dem schweizerischen Regierungssystem drei Eigenheiten beschert, die weltweit einzig dastehen: die persönliche Wahl in den Bundesrat, das weitgehende Herauslösen der Magistratspersonen aus der Parteibindung und das verfassungsmässig garantierte Überleben der Regierung, wenn sie vom Parlament, vom Volk oder von den Ständen desavouiert wird.



Regierungsmitglieder auf Distanz zur eigenen Partei: Der Einfluss der Parteien auf das politische Geschehen ist in der Schweiz im Vergleich mit dem Ausland bescheiden. (Photos ruti)



«Das Harmoniebedürfnis hat dem schweizerischen Regierungssystem drei Eigenheiten beschert, die weltweit einzig dastehen.»

Alle Mitglieder von Exekutiven in Bund, Kantonen und Gemeinden werden persönlich auf eine Amtsdauer von zumeist vier Jahren gewählt. Dabei kommt in den Kantonen mit Ausnahme der Stände Zug und Tessin das Majorzwahlverfahren zur Anwendung. In den Gemeinden und im Bund wird normalerweise ein freiwilliger Proporz beachtet. Mit dem Verzicht auf die Erringung von Mehrheiten sichert man sich die frühzeitige Einbindung allfälliger Opponenten in Geschäfte, die später obligatorisch oder fakultativ dem Volk unterbreitet werden müssen.

Sind die Regierungen erst einmal gewählt, so kommt das zweite Prinzip zur Geltung: Die Mandatsträger haben zu ihrer Partei auf Distanz zu gehen. Denn man geht in der Schweiz von der Vorstellung aus, die Konsenssuche werde durch das Fortbestehen einer engen Bindung an die Partei gestört. Der Konsens kann immer mal wieder das Verlassen einer im Wahlkampf eingenommenen Position erfordern; dass er gefunden werden kann, verdankt die Schweiz immer wieder dem «Kollegialitätsprinzip»: Die All- oder Mehrparteienregierung soll immer nur eine Haltung vertreten, jene der Mehrheit. Das gilt auch für Diskussionen in der Partei oder Fraktion. Weil das

Kollegialitätsprinzip rechtlich verankert ist, reagiert das Volk sehr empfindlich auf seine Verletzung.

Eine logische Folge der persönlichen Ministerwahl ist eine hohe Unabhängigkeit der Regierungstätigkeit von den Parlamentsentscheiden. Zwar kann das Parlament die Regierung immer wieder in die Minderheit versetzen; zurücktreten aber muss niemand. Entsprechend schwach ausgebildet ist auch die Regierungs- und Verwaltungskontrolle durch die Parlamente. Sie ist institutionalisiert, zeitigt aber nur ganz ausnahmsweise materielle Wirkung.

Die schwachen Parteien

Regierungsmitglieder auf Distanz zur eigenen Partei, Mehrparteienregierung ohne Abberufungsmöglichkeit, Parlamentarier ohne Instruktion und damit auch ohne Fraktionszwang: Der Einfluss der Parteien auf das politische Geschehen ist in der Schweiz im Vergleich mit dem Ausland bescheiden. Unsere Parteien leben davon, dass die Regierungsmitglieder und die Parlamentarier auf Gedeih und Verderb auf den Transfer der Volksmeinung zu sich abzeichnenden Diskussionen angewiesen sind. Aus der Sicht der Parteien liegt der Hauptunterschied unseres Systems im Vergleich zum Ausland darin, dass dort von einem Parteienstaat gesprochen werden kann mit dem Präsidenten oder Hauptexponenten der stärksten Partei als Regierungschef.

«Regierungsmitglieder auf Distanz zur eigenen Partei, Mehrparteienregierung ohne Abberufungsmöglichkeit, Parlamentarier ohne Instruktion und damit auch ohne Fraktionszwang: Der Einfluss der Parteien auf das politische Geschehen ist in der Schweiz im Vergleich mit dem Ausland bescheiden.»

Mächtige Verbände

Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften beschränken sich im Ausland auf eine starke Lobby, welche ihre Anliegen in Parteien, Fraktionen, Ministerien und Regierungen durchzusetzen suchen. In der Schweiz sind die Verbände demgegenüber verfassungsmässig abgesicherte, politische Hauptakteure (Art. 32 Abs. 3 BV).

Im Gegensatz zu den Parteien sind Wirtschaftsorganisationen zentralistisch aufgebaut, verfügen über beträchtliche Mittel und einen spezialisierten Mitarbeiterstab. Dabei können sie sich auf die Bearbeitung einiger weniger Bereiche konzentrieren. Bei ihnen fallen die Entscheide auf Grund rein rationaler Argumente. Regelmässig vernachlässigt werden von ihnen die bei Volksabstimmungen meist viel wichtigeren emotionalen Faktoren. Der Mangel an Bürgernähe ist die Folge der fehlenden Verwurzelung in den Kapillaren des Stimmvolks. Einen bestimmten Einfluss üben die Verbände –

die Rede ist hier von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und von den zahlreichen Branchenorganisationen – auf die Parlamentsarbeit aus. Die Grundlagenarbeit der Verbände ist qualitativ so gut, dass die Parlamentarier darauf nicht verzichten können. Der Einfluss der Verbände ist so gross, dass oft festgestellt wird, die Schweiz sei zum «Verbandsstaat» degeneriert.

Die weitaus wirksamste politische Informationsarbeit geschieht erfahrungsgemäss im Vorfeld von Volksabstimmungen. Dabei hat sich längst herausgestellt, dass – abgesehen von emotionalisierenden Themen wie der Jurafrage oder dem Jesuitenartikel – nur dann Kampagnen geführt werden, welche diesen Namen verdienen, wenn Wirtschaftsprobleme anstehen beziehungsweise wenn die Interessen einer bestimmten Gruppe betroffen sind. Wird nur staatspolitisch Wichtiges unterbreitet wie die Senkung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre, so fehlen die Mittel für eine Kampagne.

Mächtige Medien

Als Mittler zwischen Volk und Behörden haben sich auch die Medien als Meinungsmacher profiliert. Ursprünglich waren die Zeitungen Parteiblätter, verlängerte Arme der Parteien also. Sie transportierten die Informationen so, wie sie die Partei sah. Seitdem die Parteien durch die Verbände geschwächt sind, laufen ihnen auch die Zeitungen da-

Fortsetzung auf Seite 8

Aufgaben der Parteien

Ka/MRS. Der Auftrag, den die Parteien in unserem Staat erfüllen, hat sich aus der historischen Entwicklung ergeben. Er ist nirgends festgeschrieben. Aus dieser Optik fallen den Parteien folgende Aufgaben zu:

- Rekrutierung von Parlamentariern, Regierungsmitgliedern, Richtern, hohen Beamten auf allen Stufen des Gemeinwesens.

- Präsentieren valabler Kandidatinnen und Kandidaten für die in der halbdirekten Demokratie besonders zahlreichen öffentlichen Ämter.

- Sicherstellen der Kommunikation zwischen Behörden und Stimmbürgerinnen und -bürgern sowie Leisten der wichtigsten Beiträge bei der Meinungsbildung vor den Sachabstimmungen in Bund, Kantonen und Gemeinden.

- Aufnehmen von Bedürfnissen, Wünschen, Vorstellungen und Kritik der Bürger und Transfer in den politischen Prozess (ohne diese Leistung könnten mehrheitsfähige Entscheidungen gar nicht vorbereitet werden).

- «Lobbyismus» für staatspolitische und kulturelle Bedürfnisse.

Es ist nicht zu bestreiten, dass diese fünf Einsatzfelder für das Leben unseres Staates unerlässlich sind. Ebensowenig kann bestritten werden, dass die Parteien in der Konkurrenz zu Verbänden und Medien einen immer schwereren Stand haben und der Zeitpunkt abzusehen ist, da sie ihren Beitrag nur noch ungenügend zu leisten vermögen. Diesem Trend aber muss gegengesteuert werden, denn die Parteien sind zwar schwach, aber für eine funktionierende Demokratie um so nötiger.

Fortsetzung von Seite 7

von und etablieren sich als sogenannte Forumszeitungen: Sie bringen alle konkurrierenden Meinungen und werten die öffentlichen Fragen unabhängig von Parteistandpunkten. Die Forumszeitungen haben sich in jüngster Zeit in zwei Richtungen fortentwickelt: Einerseits in Richtung Recherchier-Journalismus, der die politischen Themen dramatisiert, skandalisiert und personalisiert. Andererseits hat sich ein engagierter Journalismus herausgebildet, der das Einzelproblem aus der Optik von Betroffenen darstellt, bewusst Partei ergreift, Schuldige denunziert und politische Forderungen artikuliert.

Eine dritte Erscheinung hat nichts mit Information zu tun, sondern mit Macht: In den letzten Jahren haben Journalisten und Medienunternehmen einen wachsenden Einfluss auf den Gang der Politik erlangt: Die Informationsflut zwingt sie zur Auswahl. Dass sie in allererster Linie nach der Präsentierbarkeit eines

Themas fragen und nicht nach der sachlichen Bedeutung, ist ihnen nicht vorzuwerfen. Trotzdem ist festzustellen: Das demokratische Prinzip, das die Parteiarbeit auszeichnet, gibt es in den Medien nicht, sie kennen zumeist die Alleinherrschaft der Spezialisten und greifen lediglich beim Schlusskommentar kurz vor dem Urnengang auf eine etwas breitere Abstützung zurück. Je stärker die Verkaufswirksamkeit die Selektion der Informationen bestimmt, desto weiter rücken übergeordnete Überlegungen in den Hintergrund.

«Das demokratische Prinzip, das die Parteiarbeit auszeichnet, gibt es in den Medien nicht.»

Parteien: das schwächste Glied

In der Konkurrenz der Mittler zwischen Volk und Regierung sind die Parteien das schwächste Glied. Dass die beiden anderen Akteure verfassungsmässig geschützt sind, ist bereits erwähnt

worden. Die Medien werden zudem von der öffentlichen Hand grosszügig unterstützt (z. B. über Portoverbilligungen für Zeitungen; Konzession und Gebühreninkasso für die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft). Die Parteien erhalten keinen Rappen; lediglich die Fraktionen kommen in den Genuss eines Beitrags. Unternehmen und Gewerkschaften finanzieren ihre eigenen Sekretariate und sorgen dafür, dass die Parteizentralen zwar knapp am Leben bleiben, aber nie so stark werden, dass sie die eigenen Geschäftsstellen konkurrenzieren könnten.

Dass schweizerische Parteien schwach zu sein haben, ist nicht nur ein Eckpfeiler der schweizerischen Politikultur, sondern ein von Behörden, Medien und Wirtschaft in trauter Einigkeit zäh verfolgtes Prinzip. Allerdings fassen alle drei Konkurrenten jede Gelegenheit beim Schopf, die Parteien als wankelmütige, profillosse Drahtzieher darzustellen. Das ge-

schieht am effizientesten dadurch, dass die politischen Akteure auf ihre Parteizugehörigkeit reduziert werden. Da werden Expertengruppen, Aufsichts- und Beratungskommissionen aus fachkompetenten Personen verschiedenster Herkunft eingesetzt – aber in der Zeitung erscheint hinter dem Namen nicht das Verwaltungsratsmandat oder der Lehrauftrag, der für die Wahl massgeblich war, sondern das Kürzel der Partei. Jeder Auftritt eines Politikers, gerade auch Auftritte gegen die Mehrheit seiner Partei, wird gleichfalls mit dem Parteikürzel versehen. Das staatspolitische Engagement der Verbände reicht zumeist nicht weiter als zur Berufung eines Politikers in ihre Leitungsorgane. Bei der SP gilt sogar das Prinzip, dass jeder Gewählte Mitglied einer Gewerkschaft sein muss. Die Wahlliste trägt denn oft auch den Namen: «Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften». Hier hat der «Verbandsstaat» sichtbare Form angenommen. ■

DIE TECHNO KOALITION.

SULZER

Technologie schafft Werte



K.176

Sozialabbau

Mitte April kündigte die schwedische Regierung weitere Budgetkorrekturen an, die sie über die Ostertage mit ihrem Koalitionspartner ausgehandelt hatte. Denn trotz bereits eingeleiteten Sanierungsmassnahmen befindet sich der Staatshaushalt Schwedens nach wie vor in einem desolaten Zustand. Um ihr Sparziel zu erreichen, schreckt die sozialdemokratisch geführte Regierung auch vor Eingriffen und Kürzungen im Sozialbereich nicht zurück.

MRS. So soll unter anderem der Selbstbehalt der Bürgerinnen und Bürger bei Arzt- und Arzneykosten deutlich heraufgesetzt werden. Leistungen für Frührentner und Witwen werden gekürzt, ebenso wie die Wohnbeihilfen für Rentner und das Elterngeld. Weiter wird der Lohnersatz im Krankheitsfall reduziert, und die Ausgaben für Entwicklungshilfe werden gesenkt. Schliesslich soll die staatliche Basissteuer, die jeder Steuerpflichtige zu entrichten hat, verdoppelt werden.

Schwedens Sozialdemokraten haben offenbar eingesehen, dass ein gesunder Bundeshaushalt die Voraussetzung für Stabilität, für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist. Sie haben dogmatische Positionen aufgegeben und aus der harten Erfahrung, die Schweden in den letzten Jahren gemacht hat, gelernt, dass ein ausufernder Sozialstaat auf die

Dauer nicht finanzierbar ist und letztlich an den Rand des Abgrunds führt.

Solche Einsicht fehlt der schweizerischen SP nach wie vor. Sie redet weiterhin dem Ausbau des Sozialstaates das Wort, obwohl die Kosten des gesamten Sozialbereiches in der Schweiz auf mittlerweile rund 100 Milliarden Franken gestiegen sind und enorme Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen seit längerem absehbar sind (für den, der sie sehen wollte). Es sei der SP deshalb empfohlen, einmal einen Blick über die Grenze zu werfen und – statt stets nach Osten – einmal nach Norden zu pilgern: Denn dort tun die schwedischen Genossen das, was die SP in der Schweiz den bürgerlichen Parteien fälschlicherweise vorwirft: «Sozialabbau» betreiben.

STANDPUNKT

Keine Fusion mit der FPS

Die FDP-Fraktion befasste sich an ihrer Sitzung vom 12. April 1996 unter anderem mit der Frage der eventuellen Mitgliedschaft von nicht auf FDP-Listen gewählten Mitgliedern der eidgenössischen Räte.

Über die eventuelle Mitgliedschaft von nicht auf FDP-Listen gewählten Mitgliedern der eidgenössischen Räte fand innerhalb der Fraktion eine ausführliche und offene Diskussion statt. Die FDP-Fraktion stellte dabei fest, dass sich in der Freiheitspartei offenbar gewisse Auflösungserscheinungen bemerkbar machen. Diese Auflösungserscheinungen haben in letzter Zeit unter anderem zu Spekulationen über den möglichen Übertritt von Mitgliedern der Freiheitspartei zur FDP geführt.

Die FDP-Fraktion hält in diesem Zusammenhang fest, dass eine wie auch immer geartete «Fusion» der FDP mit der Freiheitspartei für die FDP nicht in Frage kommt. Wenn aber ein-

zelne Mitglieder der Freiheitspartei ihren Willen bekunden, zu freisinnigen, liberalen Positionen in ihrer politischen Haltung und Arbeit (zurück) zu finden, schliesst die FDP-Fraktion Gespräche mit solchen Personen über eine mögliche künftige Zusammenarbeit nicht aus.

Betreffend die zeitlichen Abläufe und das allfällige weitere Vorgehen hält die FDP fest, dass der Ball zurzeit bei denjenigen Kantonalparteien liegt, welche über eventuelle Mitgliedschaftsgesuche konkret zu entscheiden hätten.

Käme eine solche Aufnahme zustande und würde sich in der Folge die Frage über eine Aufnahme in die FDP-Fraktion konkret stellen, so würde die FDP-Fraktion diesen Entscheid nach einer Anhörung, Diskussion und unter Beachtung der reglementarisch geforderten Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder zu gegebener Zeit treffen.

Die Arbeit der FDP

Jahresbericht
Rapport annuel

Die Arbeit der
Freiheits-Demokratischen Partei der Schweiz
und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion
der Bundesversammlung
L'activité du
Parti radical-démocratique suisse
et du Groupe radical-démocratique
de l'Assemblée fédérale

95/96

FDPO PRDO PLRO

Ich bestelle:

Ex. Jahresbericht 95/96

(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.)

Name: _____

Vorname: _____

Str./Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

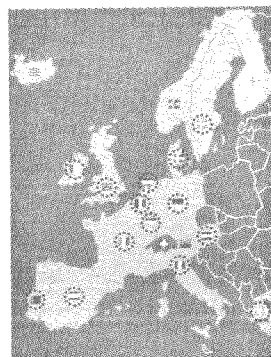
Unterschrift: _____

5/96

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat
Postfach 6136
3001 Bern

Fax (031) 312 19 51

Nur Westeuropäer!



Die kontrollierte Personenfreizügigkeit gilt nur für Bürgerinnen und Bürger aus den 18 Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR):

- Dänemark
- Deutschland
- Belgien
- England
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland
- Holland
- Irland
- Island
- Italien
- Liechtenstein
- Luxemburg
- Norwegen
- Österreich
- Portugal
- Schweden
- Spanien

Kontrollierte Personenfreizügigkeit:

Eine gegenseitige Nachbarregelung mit Westeuropa.

Eine Information der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (GF).
Verlangen Sie die Info-Broschüre (gratis):
WF, Personenfreizügigkeit, Postfach 502, 8034 Zürich

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Den Bundesrat in die Pflicht nehmen!

**Kaspar Villiger,
Bundesrat**

Es ist seltsam: Alle fordern Reformen, prangern Ineffizienz unseres politischen Systems an, reden von leistungsfähigeren Regierungssystemen im Ausland. Und kaum wollen wir unser System verbessern, anpassen, laufen ganze Scharen Sturm gegen die Reform, und niemand glaubt mehr so recht, dass das Volk der Reform zustimmen könnte. Rational ist das nicht nachvollziehbar. Der Bundesrat ist überzeugt, dass das Volk nicht nur auf Schlagworte hört. Keine wirk-

Warum spricht man immer vom Staatssekretärensatz?

Mit dem Gesetz soll der Bundesrat mehr Zeit für wichtige Regierungsangelegenheiten erhalten. Dazu stehen drei Elemente im Vordergrund: Organisationskompetenz, moderne Methoden der Verwaltungsführung und maximal zehn Staatssekretäre. Wegen dieses letzten Punkts ist das Referendum ergriffen worden, während die beiden anderen, nicht weniger wichtigen, Elemente unbestritten sind. Tatsache ist: diese drei Elemente bilden eine Einheit, wenn man das Ziel einer besseren Regierung erreichen will.

Was ist die Aufgabe der Staatssekretäre?

Diese unterstützen die Mitglieder des Bundesrates und sind der Vorsteherin oder dem Vorsteher des jeweiligen Departements unterstellt. Sie führen einen Teil des Departements, z. B. eine Gruppe oder in Einzelfällen ein wichtiges Bundesamt. Sofern der Bundesrat zustimmt, können sie auch eine wichtige departementsübergreifende Aufgabe wahrnehmen (Art. 36-41 RVOG). ■

same Pressure-group steht hinter der Reform, niemand stellt eine Kriegskasse zur Verfügung.

Unser Regierungssystem hat sich bewährt . . .

Unser Regierungssystem stammt aus dem letzten Jahrhundert. Es hat sich bewährt. Es ermöglicht die Einbildung des Volkes in die politische Verantwortung, es stellt den Schutz von Minderheiten sicher, es öffnet und sichert Gestaltungsfreiräume für Kantone und Gemeinden, und es bündigt die Staatsmacht. Es erlaubt die Einbindung der tragenden politischen Kräfte des Landes in die Regierungsverantwortung. Es wirkt in unserem stets fragilen Vielvölkerstaat integrierend, einbindend.

Ein grundlegend anderes System, etwa eine rein parlamentarische Demokratie, die nur mit stark eingeschränkten Volks-

rechten denkbar wäre, oder eine eigentliche Präsidialdemokratie würde die Identität der Schweiz verändern. Es lohnt sich, unser System zu erhalten.

. . . Wir stossen aber an Grenzen

Nur: Die Welt hat sich seit 1848 und 1874 grundlegend verändert. Der Staat ist vom Ordnungs- und Verteidigungsstaat zum Hochleistungsstaat geworden. Die Globalisierung der Wirtschaft stellt auch unsere Exportnation vor noch kaum absehbare Herausforderungen. Viele Probleme sind nur noch im internationalen Verbund lösbar. Zusammenarbeit mit anderen Staaten wird überlebenswichtig. Alle Probleme sind komplexer geworden, die politische Konsenssuche ist aufwendiger geworden. Das System von 1848 stösst an Grenzen.

Der Bundesrat ist vielfach gefordert

Die Tätigkeit des Bundesrates hat sich stark verändert. Die Ansprüche an ihn sind gewachsen. Als Folge der Hektik im Legiferieren und der Komplexität der Probleme ist die Beanspruchung durch Parlament und Kommissionen stark angestiegen. Die Überzeugungsarbeit im Volk ist aufwendiger geworden. Der Bundesrat kann sich ihr nicht entziehen. Voraussetzung für modernes Regieren ist möglichst grosse Transparenz der geplanten Aktionen und Entscheidungsabläufe. Sie zu schaffen ist ebenfalls aufwendig. Deshalb nimmt die Medienarbeit zu. Die Koordinationsarbeit im Inland zwischen Bund und Kantonen, zwischen Konferenzen, Gremien und Verbänden aller Art ist exponentiell gewachsen. Der Bundesrat kann auch ei-



Sie sind bereits Staatssekretäre: Franz Blankart, EVD, und Jakob Kellenberger, EDA, auf der Spezialistenbank im Nationalrat. (Photo Stahl)

nen Teil dieser Arbeit leisten. Die Führung einer gewachsenen Verwaltungsorganisation stellt zunehmend höhere Ansprüche. Und auch die internationalen Kontakte nehmen rasant zu, weil immer mehr Fragen länderübergreifend verhandelt werden. Auslandsbesuche sind alles andere als ein Vergnügen. Aber sie sind im Landesinteresse nötig.

Gerade in einer derart komplizierten Welt müsste eine Regierung sich vermehrt auf die Kernprobleme des Landes konzentrieren können. Aber sie wird zunehmend absorbiert durch die Bewältigung eines immensen Berges von Aufgaben unterschiedlichster Bedeutung. Zudem gilt es zu bedenken, dass die Ansprüche an ein Mitglied des Bundesrates höher als an einen ausländischen Minister sind:

- Er führt die Verwaltung direkt.
- Er tritt in Plenum und Kommissionen in zwei gleichberechtigten Kammern auf.
- Er reist durchs Land um jährlich zu x Volksabstimmungen Stellung zu nehmen.
- Es gibt nur 7 Bundesräte, in anderen Ländern hat es 15 bis 25 Minister.
- Wir sind wohl die einzige Regierung, die alle Probleme grundsätzlich und frei diskutiert und dann entscheidet. Die Konsenssuche ist aufwendiger als dort, wo ein Premierminister oder Präsident entscheidet.

Wir brauchen die Reform

Das neue Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz ist notwendig, aber nicht hinreichend, um unser System zu verbessern. Notwendig, weil es die Grundlage für jene Massnahmen schafft, ohne die der Schritt nach vorne nicht möglich ist. Nicht hinreichend, weil nach Annahme des Gesetzes der Bundesrat die eigentliche Reformarbeit auf der Basis des Gesetzes noch leisten muss. Die Reform steht auf drei Pfeilern:

- Die Verwaltungsreform soll eine effizientere, bürgernahe Verwaltung schaffen, die einen effizienteren Einsatz der Staatssekretäre erst ermöglicht und sicherstellt. Das Gesetz gibt dem

Bundesrat die Kompetenz zu dieser Reorganisation.

- Die Staatssekretäre führen Teile der Verwaltung und vertreten den Bundesrat in verschiedenen Bereichen. Damit entlasten sie ihn wirksam.

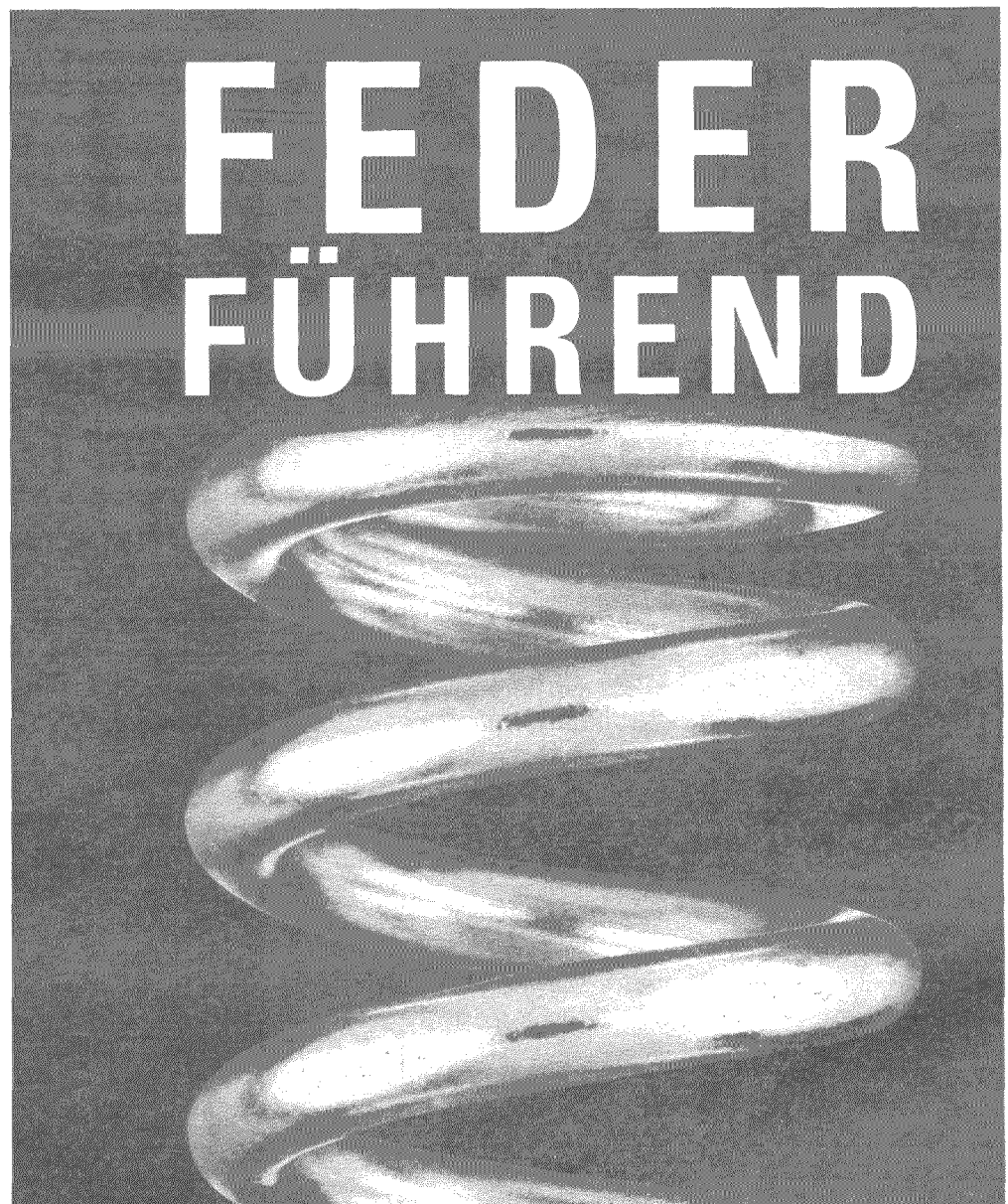
- Es werden zudem die rechtlichen Grundlagen geschaffen, damit in der Verwaltung schrittweise die Methoden des New Public Management eingeführt werden können.

Die Verwaltungsreform verfolgt verschiedene Ziele. Im Rahmen einer Aufgabenüberprüfung soll geklärt werden, welche Aufgaben gestrichen, welche privati-

siert und welche mit Leistungsauftrag verselbständigt werden können. Dabei geht es um die Frage der Effektivität: Tun wir die richtigen Dinge? Doppelspurigkeiten sollen ausgemerzt, Abläufe gestrafft, Überflüssiges eliminiert und Synergien verstärkt werden. Es sollen aus der Optimierung der Verwaltungstätigkeit Einsparungen an Personal und finanziellem Aufwand erzielt werden. Ziel ist eine Personal- und Kosteneinsparung von 5 Prozent. Die Verteilung der Aufgaben auf die Departemente soll politisch und belastungsmässig ausgewogener sein. Beim NPM geht es um

Führen mit Leistungsaufträgen. Vermehrte Selbständigkeit von Ämtern ermöglicht eine rationellere Erledigung der Geschäfte. Bewährte Grundsätze der Führung in der Privatwirtschaft werden auf die Verwaltung übertragen.

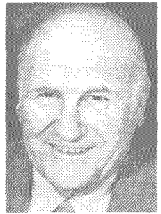
Ich hoffe, dass unser Volk diesem zaghaften Schritt zu einem wirksameren Regierungssystem zustimmen wird. Es nimmt damit auch den Bundesrat in die Pflicht. Er wird die eigentliche Arbeit dann noch leisten müssen! ■



BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik, CH-8630 Rüti
 Tel. 055/848 111
 Telex 875 606, Fax 055/848 511

KOMMENTAR

Die politische Verantwortung der Wirtschaft



Dass die *Schnittstellen* zwischen Politik und Wirtschaft in der gegenwärtigen Konjunkturlaute wesentlich *heikler und brisanter* geworden sind, ist in den letzten Wochen an mehreren konkreten Beispielen manifest geworden. Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 schien es, die Marktwirtschaft werde künftig ein unangefochtenes Dasein fristen; viele Wirtschaftsführer sahen in der Politik trotz ihrem «Behinderungspotential» eine weitgehend zu vernachlässigende Aufgabe. Dies hat sich seither grundlegend geändert. Die stark angestiegene Arbeitslosigkeit, die Staatsdefizite und der Konsumrückgang als Folge der allgemeinen Verunsicherung und des Spardrucks haben die Bedeutung des gesellschaftlichen und politischen «Umfel-

des» penetrant zurückgerufen. Es ist immer deutlicher geworden, dass *die Wirtschaft so wenig wie die Politik ein Eigenleben* führt und führen kann, ohne ins Abseits zu geraten.

Swissair, Schweizerische Bankgesellschaft und Novartis sind Stichworte, die die Frage aufwerfen, wieweit wirtschaftliche «Sachzwänge» politisch und regional verkraftbar sind. Die Globalisierung der Industrieproduktion, der Finanzmärkte und auch des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor übt unbestrittenmassen einen starken Druck auf die international tätigen Schweizer Firmen aus. Die – durch die Medien aufgeputschte – heftige Reaktion in der Westschweiz auf die Verlegung von 13 Interkontinentalflügen von Genf-Cointrin nach Zürich-Kloten zeigt aber auch, dass Unternehmensentscheide *nicht in einer betriebswirtschaftlich reinen Luft* gefällt werden können, son-

dern dass die gesellschaftlichen, politischen und regionalen Auswirkungen stets sorgfältig bedacht werden müssen.

Es ist unbegreiflich, dass der *Swissair-Entscheid* nicht besser mit *den betroffenen Kantonen vorbesprochen und publizistisch vorbereitet und begleitet* worden ist. Die Gespräche über Auffangmassnahmen hätten nicht nach dem Entscheid – unter dem Druck des Bundesrates –, sondern vorher stattfinden müssen. Durch eine souveräne Handhabung der heiklen Entscheide hätte viel Porzellan erhalten werden können. Bei der Fusion zu Novartis war zumindest das deutliche Bemühen der Unternehmen zu verspüren, bei den zu erwartenden Entlassungen die Auswirkungen auf die Region zu mildern und im Einvernehmen mit den Betroffenen und den Behörden eine akzeptable Lösung zu finden.

An der Mammut-Aktionärsversammlung der Schweizerischen Bankgesellschaft ist von der Geschäftsführung aus, aber auch in der Diskussion deutlich

das Verlangen zum Ausdruck gekommen, dass grosse, international tätige Unternehmen sich nicht einfach über ihre volkswirtschaftliche Bedeutung und Verantwortung hinwegsetzen können. Dies ist ein positives Zeichen. Wenn die Schweiz etwas von ihrem politisch-genossenschaftlichen Charakter erhalten will, so werden auch in Zukunft die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft sorgfältig bedacht und gepflegt werden müssen. Das setzt gegenseitigen Goodwill, setzt vor allem auch Einfühlungsvermögen voraus. Es gibt neben den weltwirtschaftlichen «Sachzwängen» in unserem Land auch *direktdemokratische und föderalistische «Sachzwänge»*, die nicht ungestraft ausser acht gelassen werden können.

Kurt Müller
Kurt Müller (Meilen)

Aufbruchstimmung

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) hat sich umgetauft. Von nun an wird die Jugendorganisation der FDP unter dem Namen «Jungfreisinnige Schweiz (JF Schweiz)» für Furore sorgen.

Neuer Name, neues Logo

Wer mit Erfolg in der Öffentlichkeit auftreten will, braucht einen einfachen, einprägsamen Namen. Die Bezeichnung «Jungliberale Bewegung der Schweiz» mit dem unglücklichen Kürzel «JBS» hat sich in den letzten Jahren in der Medienarbeit nicht bewährt. Vielfach wurden die Jungliberalen mit der Jugendgruppierung der LPS verwechselt. Mit dem Namen «Jungfreisinnige Schweiz» wollen wir uns aber nicht der FDP unterordnen. Die Jungfreisinnigen werden nach wie vor ihre ei-

genen Anliegen vertreten und mit prägnanten Aussagen und unkonventionellen Ideen auf sich aufmerksam machen.

Mit www.jungfreisinnige.ch im Internet

Die Jungfreisinnigen Schweiz waren bereits vor einem Jahr als erste Jungpartei im Internet vertreten. Bei den Nationalratswahlen des vergangenen Jahres waren die Jungfreisinnigen Kanton Bern die einzige Partei, die ihren gesamten Wahlprospekt im Internet präsentierte. Nun gehen die Jungfreisinnigen einen Schritt weiter und sind auf einem eigenen Server mit der einprägsamen Adresse «www.jungfreisinnige.ch» erreichbar. Dort lassen sich die aktuellen Grundsatzpapiere der Jungfreisinnigen beziehen, die Mitglieder des Vorstands stellen sich vor und vieles mehr – und dies auf deutsch, französisch, italienisch sowie englisch. ■

Keine FPS in FDP-Fraktion

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) begrüssen den Entscheid der FDP-Fraktion, dass eine Fusion der FDP mit der Freiheitspartei nicht in Frage kommt.

Die Freiheitspartei hat insbesondere während des Wahlkampfes der eidgenössischen Wahlen vom letzten Jahr mit populistischen Parolen versucht, sich von der FDP abzugrenzen. Sie warf den Freisinnigen insbesondere vor, sich gegen die «linke SP-Politik» zu wenig zu wehren. Um so mehr mutet es nun eigenartig an, dass dieselben Personen heute den Anschluss an die FDP suchen.

Für die Jungfreisinnigen Schweiz ist es offensichtlich, dass dabei nicht politische Überlegungen, sondern vielmehr persönliche Interessen im Vordergrund stehen: Die Freiheitspartei ist in der grössten Krise seit ihrem Bestehen. Was liegt also näher, sich

einer starken Fraktion anzuschliessen, um die Wiederwahl zu garantieren? Nicht zuletzt geht es aber auch darum, sich in wichtigen parlamentarischen Kommissionen placieren zu können.

Die FDP hat in der Vergangenheit immer wieder klargestellt, dass sie sich nicht nur gegen eine linksextreme Antibürgerlichkeit, sondern auch gegen eine rechtsextreme Antibürgerlichkeit abgrenzt. Gemäss den Jungfreisinnigen verliert die FDP an Glaubwürdigkeit, wenn sie nun diese Vertreter der rechtsextremen Antibürgerlichkeit in ihre Reihen aufnimmt. Die Jungfreisinnigen halten es für die FDP als angezeigt, klar Farbe zu bekennen und sich mit aller Deutlichkeit von der verantwortungslosen Politik der Freiheitspartei ein für allemal abzugrenzen. ■

Das Generalsekretariat FDP – Wer wir sind, was wir tun

Mitarbeiter des Generalsekretariates werden oft danach gefragt, worin ihre Arbeit besteht und was die Funktion des Generalsekretariates der FDP der Schweiz ist.

Das Generalsekretariat ist die politische Stabs- und administrative Zentralstelle der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). In ihm laufen viele Fäden zusammen: die Kontakte zwischen Partei und Fraktion, zu den Bundesräten, zur Verwaltung, die Beziehungen zu den Kantonalparteien, zur Öffentlichkeit, zu anderen Parteien, zu den Medien, zu nahestehenden Organisationen, zu den Bürgerinnen und Bürgern, zu den Abstimmungskomitees usw.

Was tun wir?

Das Generalsekretariat ist sowohl Stabsorgan als auch Dienstleistungsbetrieb der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz.

Im politischen Bereich hat das Generalsekretariat schwerwiegend folgende Aufgaben: frühzeitiges Erkennen der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen; Erarbeitung von Ideen, Positionspapieren, Programmen und Unterlagen für alle schweizerischen Partei-Instanzen; Pflege von Kontakten zu Bundesrat und Verwaltung; Führen von Abstimmungskampagnen; Erarbeiten von Stellungnahmen und Vernehmlassungen, Durchführung von Tagungen und Semi-

narien. Das Generalsekretariat organisiert die Sitzungen und Versammlungen aller Parteiorgane, insbesondere der Geschäftsleitung, des Delegiertenrates, der schweizerischen Delegierten, der Kantonssekretäre sowie der Ausschüsse, es führt Pressekonferenzen durch, bildet Aktionskomitees, sucht Referenten, stellt die Medienkontakte sicher und informiert durch seine Medien (Pressedienst, »Politische Rundschau«, »Freisinn«, »Politique«, Broschüren usw.) die Öffentlichkeit und parteiintern ständig über die Parteiarbeit. Mitarbeiter des Generalsekretariates unterstützen die Parteiorgane und Fraktionsmitglieder bei der Ausübung ihrer Ar-

beit. Die Parteizentrale stellt die Zusammenarbeit aller Parteigremien sicher, insbesondere von Partei und Fraktion, Kantonalparteien und Parteiausschüssen. Das Generalsekretariat vertritt die Partei in überparteilichen Komitees (z. B. bei Volksabstimmungen), in der Liberalen Weltunion (LI) und bei den European Liberal Democratic and Reform Parties (ELDR) und pflegt Kontakte zu nahestehenden Organisationen wie FDP-Frauen Schweiz, Jungliberale Bewegung Schweiz (JBS), FDP Schweiz International, Liberale Baugenossenschaft etc. Mit einer Reihe von Dienstleistungen unterstützt das Generalsekretariat die Kantonalparteien bei den Wahlen. ■



Das FDP-Team (v. l.): Christian Kauter, Regine Sauter, Bertha Stalder, Barbara Schläfli, Markus R. Seiler, Rosemarie Meier, Monique Pichonnaz Oggier, Blaise Roulet, Marie-Louise Baumann-Bruckner, Erwin Aebischer, Mario Tavazzi, Kathrin Hofer, Peter Grünenfelder.



Jeden
Sonntag
auf Schweiz
news
jetzt
im TV
Mit Autowerbung!

Mehr Power, weniger Durst:

Audi A6 2.8 neu als 5-Ventiler mit 193 PS!



Audi A6 Avant
Fr. 22.70/Tag
Grundpreis Fr. 42'150.- / Leasing Fr. 691'201.- inkl.
18 Monate / 18'000 km/1 Jahr

Good News vom Audi A6: Drei attraktive Ausstattungs-Pakete zu attraktiven Preisen!

Mittlerweile weiss es fast jeder – der Audi A6 bietet in seiner Klasse Überdurchschnittliches.
Wenn Sie ihm trotzdem noch einige Extras mehr gönnen wollen, tun Sie's jetzt!
Ihr Audi-Partner macht Ihnen eine aussergewöhnlich lukrative Offerte für die individuelle Kombination aus den folgenden Ausstattungs-Paketen für die A6-Limousine oder den A6 Avant:

Ausstattungs-Paket Swiss Family
Vollautomatische Klimaanlage, Metallic/Perleffekt-Lackierung, Edelholzdekor, Tempostat, Mittelarmlehne vorne, Lendenwirbelstützen vorne, Diebstahlwarnanlage, Infrarot-Schliessanlage, elektrische Fensterheber vorne und hinten, Nebelscheinwerfer, Aussentemperaturanzeige, verstärkte Motorkühlung, asphärischer Aussenspiegel links.

Ausstattungs-Paket Swiss Business
Wenn Sie oft geschäftlich unterwegs sind: Noch mehr Eleganz und Komfort dank Kodiak-Echtleider-Interieur, Lederlenkrad und Sitzheizung vorne und hinten.

Ausstattungs-Paket Swiss Sport
16 Zoll Alu-Felgen, Sportsitze vorne, Sportfahrwerk 20 mm tiefer, Leder-Sportlenkrad, Lendenwirbelstützen vorne, höhenverstellbarer Beifahrersitz.

Die Stimme der fünften Schweiz in Montreux

An seiner letzten Sitzung hat der Vorstand der FDP Schweiz International Francine Asmis und Hans Ulrich Pestalozzi als Delegierte in die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz gewählt. Frau Asmis lebte in Berlin und ist 1990 in die Schweiz zurückgekehrt. Hans Ulrich Pestalozzi war in Brasilien tätig. An der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 12./13. April 1996 waren die beiden Vertreter der FDP Schweiz International zum erstenmal dabei. Wir nahmen dies zum Anlass für ein Interview.

Welche Rolle spielt die Politik in Ihrem Leben?

Asmis (F.A.): Ich bin in einer Familie aufgewachsen, in der Politik zum Tagesthema gehörte. Während meiner Jahre im Ausland las ich täglich Schweizer Tageszeitungen und fühlte mich dadurch gut orientiert. In der 70er Jahren beteiligte ich mich an dem Projekt der Gleichstellung aller mit ausländischen Männern verheirateten Schweizerinnen und dem damit verbundenen Schweizer Bürgerrecht von deren Kindern. Ich sammelte Unterschriften von Schweizerinnen in West-Berlin, schickte sie an den Bundesrat.

Pestalozzi (H.P.): Eine wichtige. Ohne politisches Engagement ist auch jede politische Kritik ohne Rechtfertigung. Eine demokratische politische Willensbildung ist nur möglich, wenn man sich der dadurch gegebenen Herausforderung stellt. Dieses Engagement beginnt in der Familie und kann bis zum höchsten politischen Amt gehen.

Wie kamen Sie zur FDP?

H.P.: Ich entstamme einer politisch liberal denkenden Familie. In der Schweiz entspricht das Programm der FDP am besten meinen Vorstellungen, auch wenn ich in der Partei-Praxis die liberale Haltung ab und zu vermisste.

F.A.: Mein Vater hatte politische Ämter inne und war Mitglied der FDP. So identifizierte ich mich mit dieser Partei. In Berlin, als Schweizerin, durfte ich keiner Partei beitreten, war aber im Umfeld einer bürgerlichen Partei mithelfend engagiert. Nach meiner Rückkehr in die Schweiz trat ich der FDP Schweiz International bei, wo ich für weltoffene Ansichten mehr Gehör fand als in der Lokalpolitik.

Wie setzen Sie sich in der Schweiz für die Anliegen der Auslandschweizer ein?

H.P.: Ich bin als Inlanddelegierter der Schweizerkolonie in Brasilien Mitglied des Auslandschweizerrates. Öfters werde ich auch als Referent von Organisationen angegangen, die gerne die Sicht des Auslandschweizers über die Schweiz erfahren möchten. Nachdem ich heute eine weltweit tätige Handelsfirma leite und damit mit vielen im Ausland lebenden Schweizern zusammenkomme, ist die gestellte Aufgabe auch jetzt für mich nicht allzu schwierig.

F.A.: Als Mitglied des Arbeitsausschusses und Präsidentin des Kantonalkomitees Solothurn der Stiftung für junge Auslandschweizer will ich eine Brücke schaffen, damit junge Auslandschweizer durch Teilnahme in einer Ferienkolonie oder Aufnahme in einer Gastfamilie ihre Heimat kennenlernen können. Wichtige Anliegen sind mit auch die Beibehaltung der AHV für alle Auslandschweizer oder die Aufrechterhaltung der noch existierenden Schweizerschulen.

Welche Eindrücke konnten Sie an der Delegiertenversammlung in Montreux gewinnen?

F.A.: Die Aufnahme im Kreis der Delegierten war überaus freundlich, und manch neuer interessanter Kontakt konnte geknüpft werden. Die freimütige und offene Diskussion, insbesondere zum Thema Sozialpolitik, konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass für viele Fragen noch eine angemessene und ausgeglichene Lösung aussteht.

H.P. Überrascht hat mich, dass die anstehenden nationalen Probleme nicht aus einer nationalen sondern vielmehr regionalen Sicht diskutiert wurden. Auch hat, mit Ausnahme von Herrn Bundesrat Villiger, niemand das globale Umfeld in die Diskussion mit einbezogen. In dieser Hinsicht ist m. E. einiges zu tun. Positiv fiel mir auf, wie frei sich jedermann zu einem Thema äusserte.

Interview RS



Die Delegierten der FDP Schweiz International: Francine Asmis, verheiratet mit einem deutschen Staatsangehörigen, drei Söhne, heute wohnhaft in Derendingen. Hans Ulrich Pestalozzi, Dr. iur., verheiratet mit einer brasilianischen Staatsangehörigen, ein Sohn, heute tätig in Fribourg. (Photo ruti)

«Ohne Kompromisse geht es gar nicht»

An der Präsidentinnenkonferenz der FDP Frauen Schweiz sprach Franziska Frey-Wettstein über das neue Modell der Mutterschaftsversicherung. Die Präsidentin orientierte auch über die Revision des Scheidungsrechtes und die Genschutzinitiative.

Annelies Renfer, Lengnau

Mit einer «kreativen Viertelstunde» eröffnete die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, Franziska Frey-Wettstein, die erste Präsidentinnenkonferenz 1996. Während dieser »kreativen Viertelstunde« waren die anwesenden Frauen eingeladen, von speziellen Tätigkeiten in ihren Parteien zu berichten, um anderen Präsidentinnen Ideen und Mut zu neuen Aktivitäten zu geben. Dabei war zu vernehmen, dass in Genf das 40jährige Bestehen der FDP-Frauen mit einer Tagung als «Journée de la Liaison Suisse» im Herbst gefeiert wird. Die Frauen im Kanton Bern (VFF) wollen im Verlaufe des Jahres an drei Anlässen, verteilt auf die Regionen Seeland/Jura, Emmental/Oberland und Bern, auf die FDP-Frauen aufmerksam machen und versu-

Am 11. Mai DV in Bern

mb. Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz vom 11. Mai im Casino zu Bern umfasst ein attraktives Programm: Anschliessend an die statutarischen Geschäfte mit Neuwahlen in den Vorstand referiert Nationalrätin Dr. iur. Lili Nabholz zum Thema «Mutterschaftsversicherung und Sozialversicherungen aus freisinniger Frauensicht». Nach dem Mittagessen (bei schönem Wetter im Garten) findet ein Frauenrundgang durch Bern statt. Er dauert etwa zwei Stunden und zeigt Frauenspurten in der Bundeshauptstadt auf.

chen, neue Mitglieder zu gewinnen.

Von verschiedenen Aktivitäten berichtete ausserdem die Vertreterin von Lausanne. Sie gelangte dabei zur Überzeugung: «Ohne Kompromisse geht es gar nicht.»

Das Scheidungsrecht in Revision

Diese Aussage könnte auch über die Orientierung der Präsidentin zur Revision des Scheidungsrechtes gesetzt werden, das in einer Kommission des Ständerates behandelt wird. Wie sich zeigte, steckt die grösste Problematik im Vorschlag der obligatorischen hälftigen Teilung des BVG, was für nicht berufstätige Frauen ein grosser Fortschritt wäre. Abgeschafft werden soll bei Konventionsscheidungen der Aussöhnungsversuch. Diskutiert wird über einen obligatorischen Besuch beider Eheleute an einer Mediationssitzung, wo ihnen die Folgen einer Scheidung aufgezeigt werden, was vom Vorstand der FDP Frauen Schweiz als überflüssig taxiert wird.

RU 486 und Genschutzinitiative

Von den FDP-Frauen begrüsst wurde der Brief der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz an die Firma Höchst bezüglich der Abtreibungspille RU 486, die von den FDP-Frauen unterstützt wird. Wie die Präsidentin orientierte, wird im Brief festgehalten, dass die Firma den Vertrieb der Abtreibungspille voranzutreiben habe.

Nicht einverstanden zeigt sich der Vorstand mit der Genschutzinitiative, die ein totales Verbot der Gentechnik verlange und bereits Erlaubtes behindere. «Es wird eine unsachliche Diskussion geführt, die die Ängste der Frauen ausnützt», meinte Fran-

ziska Frey-Wettstein. Der Vorstand wird die Aussagen der Fachkommission abwarten, die sich zurzeit mit der Problematik befasst.

Sprachgrenze überwinden

Der Vorstand musste feststellen, dass an den Präsidentinnenkonferenzen die französischsprachigen Teilnehmerinnen grösstenteils fehlen. Mittels eines Fragebogens wurde nun eruiert, dass die ausschliesslich in deutscher

Sprache durchgeführten Konferenzen für die Welschen ein Sprachproblem bilden. Die französischsprachigen Präsidentinnen sprachen sich deshalb für eine Zusammenkunft unter den Welschen aus.

Franziska Frey-Wettstein machte darauf aufmerksam, dass sich die Präsidentinnen im Verhinderungsfalle durch eine Delegierte an der Präsidentinnenkonferenz vertreten lassen können. ■

Mutterschaftsversicherung – das Modell der vier Bundesratsparteien

ar. Vor einem Jahr nahm Bundesrätin Dreifuss einen Anlauf für eine Mutterschaftsversicherung mit einem eigenen Modell, das für die bürgerlichen Frauen nicht akzeptabel war. Sie verfassten einen eigenen Vorschlag, der mit den SP-Frauen diskutiert wurde.

Mit dem nun erarbeiteten Modell wurde ein Konsens mit den SP-Frauen gefunden, wobei alle Kompromisse eingehen mussten.

Das vorgeschlagene neue Modell der Mutterschaftsversicherung steht auf drei Pfeilern, nämlich der Mutterschaftsleistung für erwerbstätige Frauen, der Mutterschaftsleistung für nichterwerbstätige Frauen und der Finanzierung.

Die Mutterschaftsversicherung soll sich, wie europaweit üblich, über 10 Wochen erstrecken.

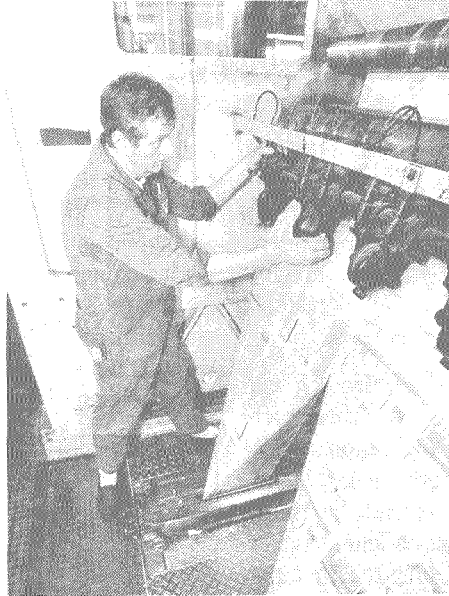
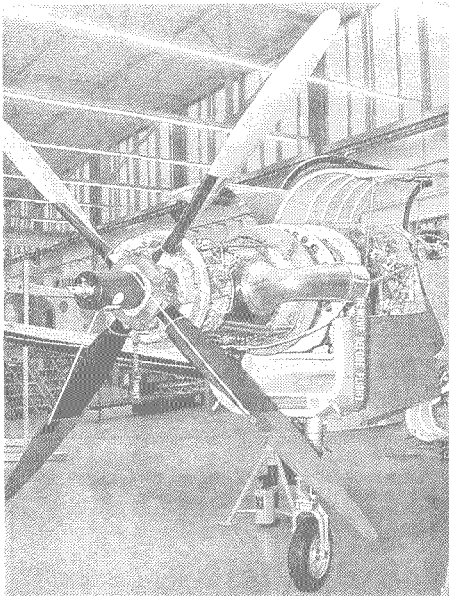
Vorgesehen ist, dass der Arbeitgeber 100 Prozent des Lohnes während sechzehn Wochen bei den erwerbstätigen Frauen bezahlt. Während der ersten acht Wochen übernimmt der Arbeitgeber direkt, die restlichen acht Wochen sollen über die Mehrwertsteuer finanziert werden. Wenn der Lohn der Frau

unter der AHV-Minimalrente liegt, so wird bis auf letztere ergänzt.

Bei nichterwerbstätigen Frauen wird viermal die monatliche Mindestrente der AHV ausbezahlt. Diese Leistung wird bei verheirateten Frauen aber nur solange bezahlt, als das steuerbare Familieneinkommen unter 69840 Franken (Maximalrente der AHV) liegt. Die Leistungen für die Nichterwerbstätigen werden ebenfalls über die Mehrwertsteuer finanziert.

Die Leistungen gingen an alle Mütter, erwerbs- wie nichterwerbstätige. Um das Argument des Giesskannensystems zu entkräften, würden die Leistungen plafoniert.

Das überparteiliche Komitee ist sich bewusst, dass der Zeitpunkt für weitere zusätzliche Kosten ungünstig ist. Das Komitee will deshalb die Vorlage des neuen Modells erst dann «aus der Schublade ziehen», wenn die Mutterschaftsversicherung politisch machbar ist. ■



Dreimal geht es um die Wirtschaft und um Arbeitsplätze: PC-9-Flugzeug im Bau, Zeitungsdrucker bei der Nacharbeit, UNO- und «Sozialcharta-Sitz» Genf. (Photos Keystone)

SP-Wirtschaftspolitik: Der Spuk ist vorbei

In den Debatten rund um die Revision des Kriegsmaterialgesetzes und die Differenzvereinbarung bei der Revision des Arbeitsgesetzes in der Frühjahrs-session hat die SP das von ihr in letzter Zeit gern gezeichnete Bild einer wirtschaftsfreundlichen Partei gleich selbst zerstört.

Markus R. Seiler,
Pressechef FDP Schweiz

Bei der Revision des Kriegsmaterialgesetzes im Nationalrat wurde von sozialdemokratisch-kommunistischer Seite mit allen Mitteln versucht, der schweizerischen Export-Industrie eine möglichst grosse Anzahl Steine in den Weg zu legen: So, als hätte die SP/PdA-Fraktion nicht nur ein Monopol auf Ethik und Moral und auch ohne allzu viele Gedanken an Fragen wie den Erhalt von Arbeitsplätzen zu verschwenden, wurde alles versucht, um die Schweiz im internationalen Wettbewerb der Standorte weiter zurückfallen zu lassen.

Kriegsmaterial: Angriff auf die Exportindustrie

Dies alles, um nach geschlagener und verlorener Schlacht zu verkünden, die Volksinitiative gegen Kriegsmaterialausfuhr sei nun nötiger denn je. Dabei handelt es sich beim Volksbegehren um einen typisch «linken Etikettenschwindel»: Würde die Initiative angenommen, wäre nicht nur der Export von eigentlichem Kriegsmaterial verboten, sondern auch von Industrieprodukten aller Art, bei welchen ein militärischer Verwendungszweck nicht wirklich ausgeschlossen werden kann!

Arbeitsgesetz: Angriff auf den Wirtschafts- und Werkplatz Schweiz

Auch in der Differenzvereinbarung um die Revision des Arbeitsgesetzes zeigte sich die SP/PdA-Fraktion uneinsichtig: Sie mochte einer dringenden Liberalisierung im Bereich der Nacharbeit und Sonntagsarbeit nicht ohne neue Erschwernisse für die Wirtschaft zustimmen und wird nun einmal mehr per Referendum gegen die Interessen des Wirtschafts- und Werkplatzes Schweiz antreten.

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang ist die Sozialcharta: Statt Erreichtes zu sichern, hält die SP auch im Zeitalter leerer Kassen am alten Kurs des grenzenlosen Ausbaus des Sozial- und Wohlfahrtsstaates fest und will nun – als wäre nichts wichtiger – dieses internationale Vertragswerk aus längst vergangenen Zeiten ungebremsten Wachstums ratifizieren – am liebsten ohne Referendum am Volk vorbei.

Die SP als Arbeitsplatzvernichterin

Fazit: Die SP ist nicht bereit, ihren marktwirtschaftlichen Bekenntnissen Taten folgen zu lassen: Zwar fordern die Genossinnen und Genossen mittlerweile wieder Wirtschaftswachstum, sie sind aber nicht willens, mitzuziehen, wenn es darum geht, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Die Unterstützung beim Kartell- und Binnenmarktgesetz muss in diesem Licht als die berühmte Ausnahme von der Regel betrachtet werden. Eine solche Haltung aber verhindert Wachstum und vernichtet Arbeitsplätze.

Man wird sich deshalb in Zukunft wohl an das Bild gewöhnen müssen, welches im März über die «Arena» in die eidgenössischen Haushalte flimmerte: Gewerkschafter und Arbeitnehmer wenden sich vehement gegen die SP-Wirtschaftspolitik und deren Exponenten. Weiterhin wird deshalb gelten, was bereits seit Jahrzehnten gilt: Die Politik der SP ist für die Wirtschaft schädlich. ■

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Was bringen Frauenkongresse?

Sehr geehrte Damen und Herren

In Ihrer Ausgabe Nr. 4, April 1996, haben Sie unter der Rubrik «Was meinen Sie?» Fragen und Antworten zum Frauenkongress 1996 in Bern publiziert.

Als langjähriges und politisch interessiertes Mitglied der Liberalen Partei der Stadt Luzern benutze ich die Gelegenheit, einmal meine aus vielfältigen Erfahrungen mit auch politisierenden Frauen entstandene Meinung zu solchen Grossveranstaltungen wie den Frauenkongressen mitzuteilen, ohne mit Angriffen oder gar Schmähungen rechnen zu

müssen. Mein grosses Interesse an Geschehnissen und Wandlungen innerhalb der menschlichen Gesellschaft und insbesondere auch an der Geschichte brachte mich zwangsläufig in Kontakt mit parteipolitischen Fragen.

Seit Jahren verfolge ich mit wachsendem Ärger, aber auch Bedenken die Infiltration sozialistischer Elemente einer Linksrichtung, die wesentliche Merkmale marxistisch-leninistischer Ideologie mit ihrer rein materialistischen Vorstellung von Menschen und Gesellschaft aufweist. Damit ist menschlicher und kultureller Zerfall vorprogrammiert.

Und die Frauen fallen leider reichlich unkritisch darauf herein.

Angesichts eines weltweiten «Frauenkongressfiebers» liegt die Frage nach Notwendigkeit und Effizienz solch aufwendiger Veranstaltungen nahe. Dabei fällt auf, dass man sich trotz beachtli-

wie auch vor allem zu unserer Rechtsordnung steht.

Denn Gerechtigkeit macht Unterschiede, und *wir sind nur vor dem Gesetz*, nicht aber nach dem Gesetz gleich. Eine solche «absolute Gleichheit» wäre undenkbar und würde – zu Ende gedacht – die Negation der Rechtsordnung

LESERBRIEF

Rinderwahnsinn und Landwirtschaftspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Diskussion über die Gefährdung des Menschen durch den sogenannten «Rinderwahnsinn» ist der Aspekt Landwirtschaftspolitik zu kurz gekommen. Die Bauernpolitiker aller Couleurs begründeten in der Vergangenheit den viel zu hohen Rinderbestand im wesentlichen mit zwei Argumenten: Erstens sei diese Grösse nötig, weil die riesigen Rauhfutter-Flächen unserer Alpen und Voralpen anders nicht kostengünstig gepflegt werden können. Und zweitens müsse die Schweiz in der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten autark sein. Beide Argumente wurden in der Rinderwahnsinn-Diskussion gleichsam beiläufig als Lügen enttarnt: Statt die pflanzenfressenden Kühe mit Rauhfutter glücklich leben zu lassen, werden sie mit Tierabfällen wahlweise zu hageren Milchdrüsen-Apparaten oder zu fleischreichen Muskelprotzen denaturiert. Auch die helvetische Autarkie erweist sich als Zweck-

lüge: Unsere Bündnerfleisch-Produktion existiert nur dank Import-Rindfleisch aus Argentinien (gleichzeitig lassen die Bauernorganisationen «Grenzkontrollen» gegen den Fleischimport zu).

Die Agrarpolitik muss endlich ehrlich werden und zugeben: Wir produzieren nicht nur viel zu teuer, sondern bei der Tierhaltung auch viel zu viel – weil wir bodenunabhängig mästen. Und zweitens ist einzustehen, dass Ackerbau, Obstproduktion und Zucht genau gleich wie die übrige schweizerische Wirtschaft vom Ausland abhängig sind.

Solche Ehrlichkeit führt zwangsläufig zur Forderung, dass wir ohne Wenn und Aber zurück müssen zu Rauhfutter, natürlicher Tierhaltung und natürlicher Düngung. Milch- und Käsemenge sinken dann automatisch. Und alle Bauernpolitiker zwischen Bern und Brugg können sich im Spiegel wieder betrachten, ohne rot zu werden.

Peter Schindler, Spiez

Was meinen Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie?
Was meinen Sie?
 Haben Sie sich gefreut, geärgert?
Schreiben Sie uns!
 Unsere Adresse:
Redaktion «Der Freisinn»
FDP Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern

chen Errungenschaften bezüglich der Anerkennung der Frau auf allen Gebieten der Gesellschaft, Wirtschaft und Bildung immer noch nicht zufriedengibt und weiterhin hartnäckig eine totale Gleichstellung der Geschlechter anstrebt, wie sie am Frauenkongress 1975 in Bern mit der Verankerung des Gleichberechtigungsartikels in der Bundesverfassung beabsichtigt war.

Damit kam ein je nach Standpunkt unterschiedlich interpretierbarer Begriff in die Diskussion, dessen irreführende Auslegung besonders linksprogressive Kreise auf Unterstützung ihrer gesellschaftsverändernden Ideen und Ziele hoffen liess. Ihre Erwartungen erwiesen sich als berechtigt. Denn inzwischen entwickelte sich die praktische Anwendung der Gleichberechtigungsidee genau nach ihren Vorstellungen.

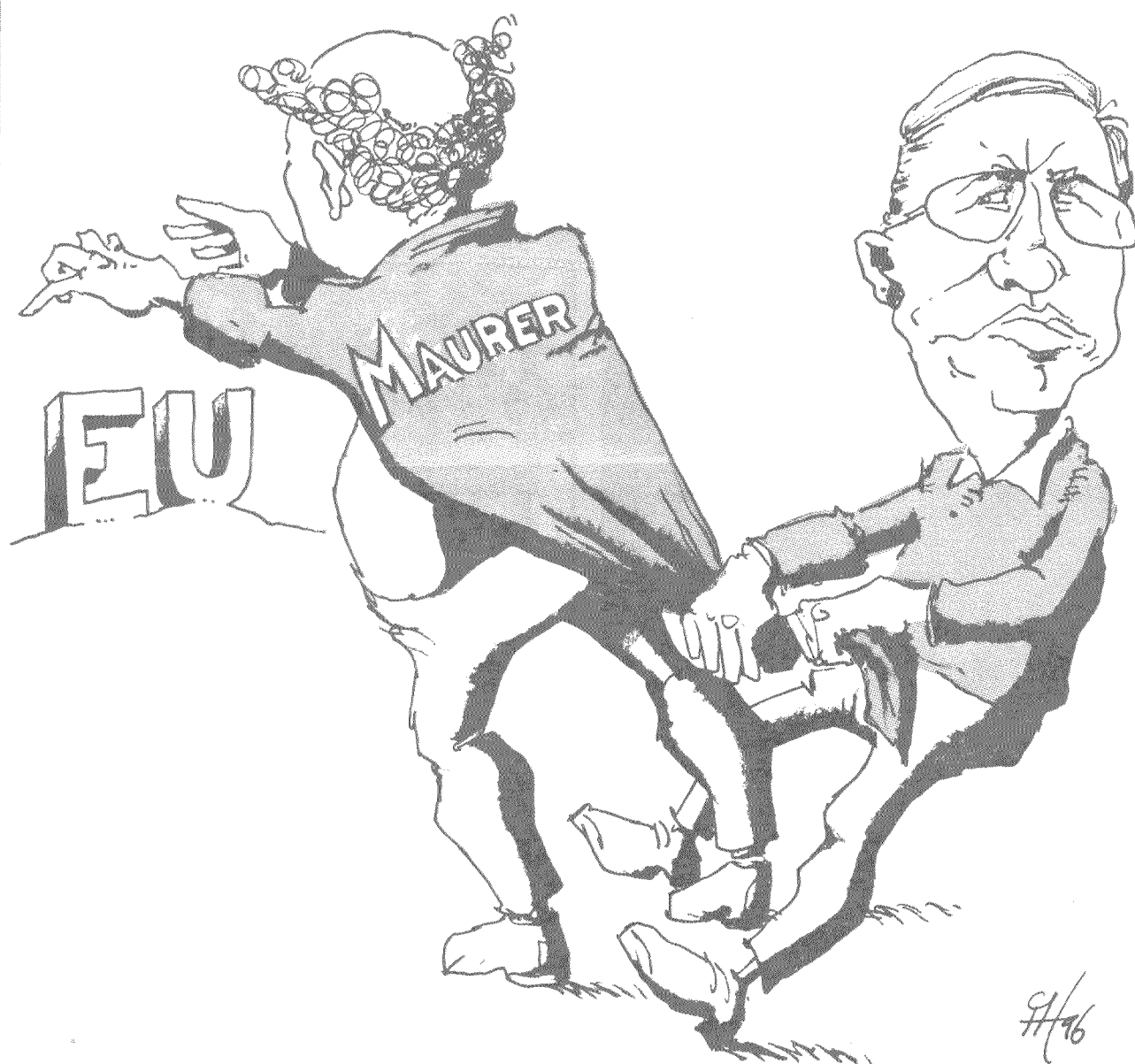
Die permanente Forderung nach totaler Gleichstellung der Geschlechter setzt den Begriff der totalen Gleichheit und Ersetzbarkeit voraus, was im Widerspruch zum normalen Wesen des Menschen und seiner Lebensqualität

selbst bedeuten. Zudem zerstört eine solche utopische Weltanschauung das Menschliche und die Kultur.

Es ist nicht nur bedauerlich, sondern im höchsten Masse bedenklich, dass trotz einer wachsenden Zahl von Hiobsbotschaften menschlichen und gesellschaftlichen Tragödien und den letzten Berichten vom »grandiosen Trümmerhaufen von kulturellen Formen«, den das postsozialistische Osteuropa hinterlassen hat, immer noch zu viele Frauenkreise mit unreflektierter Beharrlichkeit um utopische und meistens bereits gescheiterte Rechts- und Freiheitsideen zu kämpfen bereit sind, anstatt sich endlich ihrer notwendigen mitmenschlichen Verantwortung und Verpflichtung auch den kommenden Generationen gegenüber bewusst zu werden. Dazu bedarf es keiner kostspieligen Gleichstellungsbüros, sondern des Mutes und des Willens, für das dem Menschen Gemässe einzustehen.

*Elisabeth
 Streich-Schlossmacher,
 Luzern*

Orientierungslos?



SVP-Präsident Maurer unterzeichnet die gemeinsame Vereinbarung der Bundesratsparteien über die Erweiterung des schweizerischen Verhandlungsmandates mit der EU, derweil Blocher zum Referendum gegen die noch nicht bekannten Ergebnisse ebendieser Verhandlungen mobil macht.

Karikatur Andreas Töns

Wer ist es?



Drei bekannte Freisinnige stecken am Parteitag in Montreux ihre Köpfe zusammen. (Photo ruti)

Um wen handelt es sich? Finden Sie es heraus, und senden oder faxen Sie uns die Antwort. Aus den richtigen Einsendungen verlosen wir ein FDP-Foulard und ein FDP-Portefeuille!



Talon

Ich weiss die Antwort. Es handelt sich um:

1. _____
2. _____
3. _____

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Wettbewerb Freisinn, Postfach 6136, 3001 Bern; Fax (031) 312 19 51.

Surfen



Die FDP auf Internet: Per Demo-Stand des FDP-Generalsekretariats am Parteitag in Montreux in die (Polit-)Welt surfen. (Photo ruti)

FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:

E-Mail: gs@fdp-prd.ch

www: <http://www.fdp-prd.ch/fdp-prd/>

Schnappschuss



Auch im Nationalrat scheint es ab und zu interessantere Dinge zu geben als die Tagespolitik . . . (Photo Stahl)